

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 11. April 2016

Verfasser: Benno Scherrer

Ein heiss umstrittener Bildungsmorgen – Bildungsthemen führen immer zu besonders lebendigen Debatten – und die Abstimmungen führen häufig auch zu interessanten Allianzen.

Der **Lehrmittelverlag** wird selbständig. Er soll im Markt bestehen können und für die Zukunft fit werden. Damit ist er nicht mehr ein Teil der Bildungsdirektion, sondern eine AG, die aber hauptsächlich in der Hand des Kantons ist. Obwohl eigentlich nur noch redaktionelle Änderungen beschlossen werden mussten, kam es noch einmal zu einer Grundsatzdebatte darüber, ob dieser Weg in die Zukunft so beschritten werden soll – und fast alle haben zugestimmt.

(Weiterhin) volle Züge statt späterem Schulbeginn (Christoph Ziegler)

Wir müssen die Spitzenbelastung im öffentlichen Verkehr brechen, um die Attraktivität des ÖV auch in Zukunft zu gewährleisten. „Mobilitätsmanagement“ lautet hier das Stichwort, auch weil wir die Kosten für weiteren Ausbau nicht unbegrenzt tragen können. Uns Grünliberalen scheint deshalb sinnvoll, dass allfällige Pilotversuche umgesetzt werden und daher unterstützten wir dieses Postulat – eine klare Mehrheit wollte aber nichts davon wissen.

Dass auch die Schulleistungen und die Stimmung in den Schulklassen ab der Sekundarstufe davon profitieren können, weil Jugendliche nicht unbedingt zu den Frühaufstehern gehören, wäre allenfalls ein positiver Nebeneffekt.

Auch wenn es einige Hindernisse zu überwinden gibt bei der Umsetzung dieses Postulats (Zeiten für Vereine, Musikunterricht / Sporthallenbelegungen etc.), sind wir überzeugt, dass man kreative Ansätze zu deren Überwindung und zu einer Entlastung der S-Bahnen und Busse zu den Morgenspitzen hätte finden können.

Deutschkenntnisse der Kinder bei Kindergartenentritt (Christoph Ziegler)

Gleich zwei Vorstösse hatten zum Ziel, die Eltern per Gesetz zu verpflichten, dafür besorgt zu sein, dass ihre Kinder über ausreichend Deutschkenntnisse bei Kindergartenentritt verfügen. Es gibt gute Argumente sowohl für als auch gegen dieses Ansinnen.

Gegen eine gesetzliche Verpflichtung der Eltern sprechen:

1. Wir finden es falsch, wenn Kinder schon vor dem Kindergartenentritt zu Kursbesuchen gezwungen werden, bzw. die Eltern gezwungen werden. Aus liberaler Sicht sind wir dagegen, dass ein Obligatorium durchgesetzt wird.
2. Die sprachliche Förderung derjenigen Kinder, die vor dem Eintritt in den Kindergarten unzureichend Deutsch sprechen, kann vermutlich nicht durch finanzielle Ressourcen aus dem Budget für DaZ (Deutsch als Zweitsprache) oder andere Fördermassnahmen abgedeckt werden. Aus finanziellen Gründen sind wir also dagegen, dass solche obligatorischen Kurse im Vorkindergartenalter geschaffen werden.

Für Deutschkurse vor dem Kindergartenalter für Kinder sprechen aber folgende Punkte:

1. Im Kindergarten werden die Kinder in verschiedener Hinsicht auf den Schuleintritt vorbereitet. Deshalb ist der Erfolg in der Schule nicht zuletzt von einer erfolgreichen Kindergartenzeit abhängig. Dabei kommt ausreichenden Deutschkenntnissen schon beim Eintritt in den Kindergarten eine zentrale Rolle zu für den späteren Schulerfolg. Besonders Kinder, die intellektuell etwas Schwierigkeiten haben, sollten vom ersten Monat des Kindergartens an verstehen können, was läuft. Wir wollen solche schulischen Fehlstarts verhindern.
2. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis: Wir sind der Meinung, dass die Kosten für Deutschkurse im Vorkindergartenalter später – bei den Sonderpä-

dagogischen Massnahmen in der Schule – mehr als wieder eingespart werden.

Wir hatten beschlossen, die Motion abzulehnen, jedoch die PI vorläufig zu unterstützen. Eine Mehrheit sah das gleich – die Motion wurde von einer interessanten Allianz aus FDP / EDU / BDP und SP / AL unterstützt. So wird sich die Kommission für Bildung und Kultur nun intensiv mit einer Regelung auseinandersetzen.

(Kein) Immersionsunterricht auf der Volksschulstufe (Christoph Ziegler)

Der in einigen Zürcher Mittelschulen etablierte Immersionsunterricht ist auf dieser Stufe erfolgreich und sinnvoll. Aber das heisst nicht, dass er auch in der Volksschule sinnvoll und erfolgreich wäre. Immersionsunterricht ist zwar eine sehr gute Idee, aber unter den gegebenen Umständen wäre eine Umsetzung dieser guten Idee in der Volksschule zu schwierig. Ein nicht zu vernachlässigender Teil der SchülerInnen und Schüler, vielleicht ein Drittel, befindet sich permanent in einem Überforderungszustand. Das würde sich noch verschlimmern, wenn immersiv unterrichtet würde. Auch viele Lehrerinnen und Lehrer wären unter den gegebenen Umständen überfordert, wenn sie immersiv unterrichten müssten. Um das zu ändern, müsste die Fremdsprachenausbildung der Volksschullehrer wesentlich intensiviert werden, was enorme Kosten nach sich ziehen würde; auch müssten für jedes der bewilligten immersiven Fächer neue Lehrmittelserien geschaffen und eingeführt werden, und zwar von Grund auf, was ebenfalls hohe Kosten auslösen würde.

Immersiver Fremdsprachunterricht in der Volksschule ist ein schöner Traum, eine gute Idee, aber unter den gegebenen Umständen wäre eine Umsetzung dieser guten Idee in der Volksschule unmöglich, sicher nicht zielführend und würde zu grossen Problemen führen, weshalb wir dieses Postulat nicht unterstützen.

Auch hier hatten wir die Allianz von FDP und SP (und wenige Grüne), die ohne Rücksicht auf die Kosten (FDP) und ohne Rücksicht auf die Überforderung der Leistungsschwächeren (SP) an der illusionistischen Forderung festhalten wollten.

PS – English in Parliament

As an English teacher I could finally address this House in English – I have wanted to do that for ages ;-)

But despite having learned English for over 30 years I have no clue of what «Leistungsüberprüfung» might be in English – so viel zum erfolgreichen Immersionsunterricht in allen Fächern... und dieses potenziell millionenteure Postulat hat im Zusammenhang mit der Leistungsüberprüfung schlicht keinen Platz.

(Keine) Erhöhung der Verpflegungsbeiträge (Christoph Ziegler)

Das Postulat, das eine Erhöhung der maximalen Kostenbeiträge bei auswärtigen Schulbesuchen prüfen soll, ist bereits überholt, weil die Regierung das bereits in Vorbereitung hat. Von da her wäre eine Überweisung «carrying coals to Newcastle» (Wasser in den Rhein tragen / Bier nach München bringen etc) und die Frage nach vermögens- und einkommensabhängigen Beiträgen, führt bei den kleinen Beträgen zu einem unverhältnismässigen administrativen Mehraufwand (so viel zum Bürokratieabbau ...). Wir lehnten das Postulat ab, nur die FDP hielt daran fest...Wir Grünliberale stehen für eine unbürokratische Schule ein, deren Exponenten sich auf das Unterrichten und nicht auf das Geldentreiben fokussieren sollen.